Deutsche Islamkonferenz geht in die nächste Phase

11. Dezember 2022



Liberale gegen konservative Muslime – und der Staat mittendrin Wie entwickelt sich der Islam in Deutschland? Seit 2006 befasst sich damit die Deutsche Islamkonferenz. Das Forum für den Dialog zwischen Staat und Muslimen hat viel erreicht – und krankt doch an Widersprüchen. Von Christoph Schmidt (KNA)

Berlin (KNA) Am Mittwoch startet in Berlin die fünfte Phase der Deutschen Islamkonferenz (DIK). Eingeladen hat das Bundesinnenministerium erneut sowohl Vertreter der konservativen islamischen Dachverbände als auch progressive Muslime.

Die Auftaktrede von Innenministerin Nancy Faeser (SPD) könnte Signale für die Stärkung eines liberalen Islam und gegen die Verfestigung von Parallelgesellschaften setzen. Die Opposition wirft ihr einen Kuschelkurs gegenüber Fundamentalisten und die Verharmlosung von Defiziten bei der Integration vor.

Organisationen, die vom Verfassungsschutz beobachtet werden, seien wie schon früher nicht dabei, betont das Ministerium. Es gehe darum, die Vielfalt muslimischen Lebens abzubilden, das gesellschaftliche Engagement von Muslimen zu fördern und Islamfeindlichkeit

vorzubeugen.

Die DIK zählt als Forum für den Dialog zwischen Staat und Muslimen und ihre Beheimatung in Deutschland zu den gelungeneren integrationspolitischen Kapiteln der Ära Merkel. Seit 2006 haben ihre Gremien und Arbeitsgruppen wichtige Fortschritte gebracht. Der Aufbau islamisch-theologischer Seminare an deutschen Universitäten, die Etablierung einer deutschsprachigen Imamausbildung und der Anschub von islamischem Religionsunterricht waren Meilensteine. In gemeinsamen Erklärungen bekannten sich die DIK-Mitglieder unter anderem zu den Werten des Grundgesetzes oder zur Geschlechtergerechtigkeit und starteten Initiativen gegen Radikalisierung und Extremismus.

Daneben ging es um praktische Belange wie Wohlfahrt, Altenpege, Bestattungswesen und Krankenhausseelsorge. Zu den offenen Baustellen zählt die Militärseelsorge, die es etwa für Juden in der Bundeswehr längst gibt.

Eine Studie im Auftrag der DIK lieferte im April 2021 aktuelle Zahlen: Demnach lebten damals bis zu 5,6 Millionen Musliminnen und Muslime in Deutschland, fast eine Million mehr als vor der Flüchtlingskrise und nur noch knapp die Hälfte davon türkischstämmig. Über 80 Prozent der Befragten bezeichneten sich als stark oder eher gläubig, deutlich mehr als unter Christen – allerdings tragen mehr als zwei Drittel der Musliminnen kein Kopftuch.

Das wohl wichtigste Ergebnis der Studie: Die groÿe Mehrheit der Teilnehmenden fühle sich mit Deutschland stark verbunden. Tatsächlich haben weniger als ein Fünftel stärkere Bindungen an das Herkunftsland als an das Land, in dem sie leben. Fast die Hälfte der Musliminnen und Muslime in Deutschland haben die deutsche Staatsbürgerschaft.

Doch bei der Integration bleiben Probleme. Und die haben aus Sicht von früheren DIK-Mitgliedern wie der Soziologin Necla Kelek, des Psychologen Ahmad Mansour oder der Frauenrechtlerin Seyran Ates vor allem mit den traditionalistischen und meist ethnisch organisierten Islamverbänden zu tun – Organisationen wie Ditib oder Milli Görüs, die stark aus der Türkei beeinflusst werden, oder der Zentralrat der Muslime in Deutschland. Sie repräsentieren den Großteil der Moscheegemeinden und des religiösen muslimischen Lebens – der Staat kann deshalb in der DIK nicht auf diese Gesprächspartner verzichten.

Damit hofiere man jedoch die Falschen, mahnen die Kritiker. Mit ihrem wörtlichen Koranverständnis und der starken Bindung an die Herkunftsländer förderten die Verbände abgeschottete Parallelgesellschaften und patriarchalische Strukturen: „Scharia-Islam“ statt Integration in die westliche Gesellschaft. In ihrem Dialog gehe es den Verbänden vor allem um die Gleichstellung mit den Kirchen, nicht um die Werte Beheimatung von Muslimen in Deutschland.

Wie ein roter Faden zog sich der Konflikt zwischen säkular-progressiven und konservativen Muslimen durch alle bisherigen DIK-Phasen, mit teils heftigen Kontroversen. Zeitweise lud ein offenbar entnervtes Bundesinnenministerium sogar nur die Verbände zu den Gesprächen.

In ihrem Koalitionsvertrag kündigte die Ampel an, „progressive und in Deutschland beheimatete islamische Gemeinschaften“ bei der Weiterentwicklung des Religionsverfassungsrechts zu stärken. Nur sind solche Gemeinschaften hierzulande kaum zu finden, gerade weil progressive Muslime ihren Glauben als Privatsache verstehen und deshalb nur schwach organisiert sind. Umso mehr sind sie auf Rückendeckung aus der deutschen Politik angewiesen.

© KNA

Beitragsbild: tvjoern via pixabay.com

Stand: 17. November 2026